



Resolution

Wertstoffgesetz: Ab in die Tonne!

Das Bundesumweltministerium erarbeitet derzeit ein Wertstoffgesetz, das die Sammlung, Sortierung und Verwertung von Verpackungen und sonstigen Kunststoffen regeln soll. Im Juni wurde ein Eckpunktepapier präsentiert. Bereits dieses Papier enthielt kaum Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen. Die Kommunalen Spitzenverbände forderten Nachbesserungen. Doch statt die öffentlich-rechtlichen Entsorger zu stärken, schränkt der Arbeitsentwurf, der nun vorliegt, die Rolle der Kommunen noch stärker ein. Die bayerischen Städte und Landkreise lehnen den Entwurf daher klar ab. Denn sollte das Wertstoffgesetz in dieser Form in Kraft treten, dann. . .

- *entsteht kein Kilogramm weniger Müll*

Die bayerischen Wertstoffhöfe stehen für sortenreine Erfassung und Verwertung einer Vielzahl verschiedener Abfall-Typen, sogenannter Fraktionen. Bayern hat damit eine der höchsten Verwertungsquoten in Deutschland und Europa erreicht. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen diesem System. Der Arbeitsentwurf des Wertstoffgesetzes sieht aber Mindestsammelmengen für Verpackungen und sonstiges Plastik vor – mit der Folge, dass zusammengeworfen wird, was früher getrennt wurde. Dem ökologischen Gedanken steht dies entgegen.

- *verlieren die Kommunen massiv Erlöse für Altpapier und Altmetall*

Der Arbeitsentwurf des Wertstoffgesetzes sieht vor, dass Metalle künftig in der Wertstofftonne landen sollen – obwohl diese bereits jetzt sortenrein erfasst werden. Zudem sollen die Unternehmen des Dualen Systems einen Anspruch auf die Herausgabe von Papier, Pappe und Kartonagen durch die Kommunen erhalten. Diese Regelung würde einseitig deren wirtschaftlichen Interessen dienen.

- *bezahlen die Bürgerinnen und Bürger bis zu 20 Prozent mehr an Gebühren*

Nach dem Arbeitsentwurf zahlen die Unternehmen der Dualen Systeme geringere Mitbenutzungsentgelte für die Wertstoffhöfe. Gleichzeitig steigt der Anteil an den Erlösen für die Verwertung der Wertstoffe. Die Einnahmen der Landkreise sinken dadurch. Das muss über deutliche Gebührenerhöhungen, die im Einzelfall bis zu 20 Prozent betragen, ausgeglichen werden. Die Zeche zahlen die Bürgerinnen und Bürger.

- *wird Verpackungsmaterial und anderes Plastik zu Lasten der Umwelt entsorgt statt sinnvoll recycelt*

Die bayerischen Kommunen orientieren sich am Ziel eines hochwertigen Recyclings getrennt erfasster Abfälle. Entsorgungssysteme, die zur Scheinverwertung von Verpackungsmaterial und anderem Plastik führen, lehnen sie ab. Verbrennung auf Basis höchster Umweltstandards in den bayerischen Müllverbrennungsanlagen ist für Restmüll, nicht aber für hochwertige Wertstoffe der bessere und günstigere Weg.

- *verlieren die Kommunen fast alle Möglichkeiten, ein für die Bürgerinnen und Bürger gut funktionierendes System zu gewährleisten (Wertstoffhöfe)*

Der Arbeitsentwurf beschränkt die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommunen auf die Unternehmen des Dualen Systems noch stärker als das geltende Recht. Dabei zeigt die Erfahrung, dass die Qualität der Wertstoffsammlung bzw. -verwertung durch Private aus Wettbewerbsgründen eher sinkt. Bei schlechter Leistung sieht der Arbeitsentwurf aber nur ein Rügerecht für die Kommunen vor. Eingreifen dürfen sie demnach nicht – und das, obwohl die Bürgerinnen und Bürger sie als Ansprechpartner sehen.

Im wichtigsten Organ, der Zentralen Stelle, sollen die Kommunalen Spitzenverbände nicht einmal mehr Gaststatus besitzen. Zudem erhöht sich durch die Pläne der Abstimmungsaufwand mit den Systembetreibern noch weiter. Eine Verbesserung ist nur möglich, wenn den Kommunen die Organisationsverantwortung übertragen und der Verwaltungsaufwand auf ein Minimum reduziert wird. Der Arbeitsentwurf bewirkt das Gegenteil.

Die bayerischen Städte und Landkreise lehnen den Arbeitsentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) entschieden ab.

Statt den ökologischen Gedanken zu fördern, führt er zu einer Privatisierung weiterer Abfallbereiche, zu einer bundesweiten Einheits-Tonne und zu Verlusten auf kommunaler Seite sowie in den Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger. Er bringt ein bestens funktionierendes System – die bayerischen Wertstoffhöfe - in Gefahr.